



Informationsbrief der Bundes SGK Juli/2017

für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 11. Juli 2017

1. **Bundesparteitag beschließt Regierungsprogramm 2017** | Kommunale Positionen
2. **Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“** | Kommunalkonferenz in Berlin
3. **Gesetz zur Kinder- und Jugendhilfe im Bundesrat** | Keine Beschlussfassung

1. SPD-Bundesparteitag beschließt Regierungsprogramm 2017

Am 25. Juni 2017 fand der außerordentliche Bundesparteitag in Dortmund mit dem einstimmigen Beschluss des Regierungsprogramms der SPD durch die Delegierten statt. In dem Kapitel „**Es ist Zeit für ein gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land**“ bekennt sich die SPD zu einer Politik für die Kommunen und ihre Handlungsfähigkeit. So heißt es: „Unsere Städte und Gemeinden sind Heimat und Zuhause. Hier spielt sich das Leben ab. Hier entscheiden sich Lebenschancen und ob der gesellschaftliche Zusammenhalt klappt. Wir wollen, dass die Menschen sich dort zu Hause fühlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben – ob in der Stadt oder auf dem Land. Das sind für uns keine Gegensätze: Stadt und Land gehören zusammen! (...) **Die SPD ist die Kommunalpartei.** Wir sind Anwältin der Kommunen. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind die Grundlage guter Lebensqualität vor Ort und lebendiger, lokaler Demokratie. Die SPD hat die Kommunen in der vergangenen Legislaturperiode wirksam entlastet und wieder handlungsfähiger gemacht. Daran werden wir anknüpfen. Wir wollen die Investitionskraft der Kommunen

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

stärken, sie von Sozialkosten entlasten und helfen, ihre Altschulden abzubauen, damit auch hochverschuldete Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurück gewinnen. Die Finanzquellen der Kommunen sind auch künftig unverzichtbar. Deshalb werden wir die Grundsteuer verfassungsfest reformieren und die Gewerbesteuer stabilisieren. **Das Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen**, in Stadt und Land, in Ost und West, in Nord und Süd.“ (Seite 43 Regierungsprogramm)

An vielen weiteren Stellen des Regierungsprogramms werden kommunale Anliegen angesprochen und hierzu Aussagen getroffen. Die Bundes-SGK bereitet zurzeit ein Argumentationspapier vor, in dem die verschiedenen Aspekte des Regierungsprogramms aus kommunaler Sicht zusammengefasst werden. Das reicht von der angestrebten Gebührenfreiheit der Bildung bis zum Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität.

Mehr Informationen: <https://www.spd.de/standpunkte/regierungsprogramm/>

2. Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“

Am 30. Juni 2017 haben sich Vertreterinnen und Vertreter des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ aus 69 Städten aus 8 Bundesländern in Berlin zu einer Kommunalkonferenz getroffen, auf der eine Resolution beschlossen wurde, in der die betroffenen hochverschuldeten Städte eine Initiative des Bundes zur Entlastung fordern, um das Ziel der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in ganz Deutschland erreichen zu können. Der Deutsche Bundestag solle sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, Lösungen zur Bewältigung der Altschulden und strukturellen Unterfinanzierung strukturschwacher Kommunen umzusetzen. Der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion betonte die bereits in dieser Legislaturperiode aufgrund des Einsatzes der SPD erreichten Erfolge zur Entlastung der Kommunen und unterstrich, dass die SPD diesen Kurs fortsetzen und sich für eine Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionskraft – insbesondere finanzschwacher Kommunen, der Reduzierung sozialer Kosten und der kommunalen Altschulden einsetzen werde.

Dieses entspricht auch den Erwartungen der Bundes-SGK, die der Vorstand der Bundes-SGK für ein Regierungsprogramm der SPD beschlossen hatte.

Mehr Informationen unter:

https://www.muelheim-ruhr.de/cms/beeindruckende_berliner_kommunalkonferenz_des_aktionsbuenndnisses_fuer_die_wuerde_unserer_staedte.html

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

3. Keine Abstimmung über Gesetz zur Kinder- und Jugendhilfe

Der Bundesrat hat am 7. Juli 2017 die eigentlich geplante Beratung zum Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz von seiner Tagesordnung abgesetzt. Es kam daher nicht zu einer Abstimmung über das zustimmungsbedürftige Gesetz, das der Bundestag am 29. Juni 2017 verabschiedet und dem Bundesrat kurzfristig zugeleitet hatte. Die Länder werden sich am 22. September 2017 damit befassen. Die Reform der Kinder- und Jugendhilfe bleibt uns somit als wichtiges Thema auch für die nächste Legislaturperiode erhalten. Die Bundes-SGK wird die Diskussion über eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe, eine bessere Steuerung der Hilfen zur Erziehung und die Verbesserung der Schnittstellen weiter fortsetzen.

Eine **umfangreiche Tagesordnung bewältigte der Bundesrat** in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause am 7. Juli 2017. Damit kommen kurz vor der Bundestagswahl noch weitreichende Veränderungen. So die **Ehe für alle** - ein Vorhaben, das ursprünglich auf einen Vorschlag der Länderkammer zurückgeht. Gleiches gilt für den **Finanzierungsstopp für verfassungsfeindliche Parteien**. Auch hier hatten die Länder den Anstoß gegeben. Ebenfalls passierten das **Netzwerkdurchsetzungsgesetz zur Bekämpfung von Hatespeech** und das **Gesetz zur Reform der Pflegeberufe** den Bundesrat, aber auch die Anpassung des Urheberrechts in der Wissensgesellschaft und der Einsatz von Staatstrojanern.

Mehr Informationen:

<http://www.bundesrat.de/DE/plenum/plenum-kompakt/plenum-kompakt-node.html>

Die Geschäftsstelle der Bundes-SGK wünscht allen an der sozialdemokratischen Kommunalpolitik Interessierten eine gute Sommerzeit und für die Bundestagswahl 2017 gelingende Aktionen!

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-960 · Fax: (0 30) 2 59 93-970 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de